

Der Nahe Osten und die Ukraine-Krise

RT Deutsch, 12 März 2022 20:16 Uhr

Die Staaten des Nahen Ostens beobachten aufmerksam den Konflikt zwischen Russland und dem westlichen Block aus USA, EU und NATO in der Ukraine. Beide konkurrieren in der rohstoffreichen und geostrategisch wichtigen Region zwischen dem Persischen Golf und dem Mittelmeer.



Syrische Studenten schwenken die syrische, russische und palästinensische Flagge unter einer Plakatwand mit dem Porträt des russischen Präsidenten Wladimir Putin während einer Demonstration zur Unterstützung Russlands auf dem Campus der Aleppo-Universität in der syrischen Stadt am 10. März 2022.

Von Karin Leukefeld

Die Russische Föderation hat in den letzten Jahren ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in der Region ausgebaut. Im Krieg in Syrien präsentierte sich Russland als hervorragender Vermittler und entwickelte Kontakte mit allen Seiten. Die USA-EU-NATO-Allianz setzte dagegen auf die Spaltung der Akteure, um eigene Interessen durchzusetzen. Im Mittleren Osten und in der arabischen Welt hat das zu einem enormen Vertrauensverlust geführt.

Nun wird der Ost-West-Konflikt im Herzen Europas neu und mit Waffen ausgetragen. China hat sich an der Seite von Russland [positioniert](#). Zahlreiche Regionalmächte enthielten sich bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung ihrer Stimme.



Analyse

Kampf um Deutungshoheit: Ist Russland wegen des Ukraine-Krieges international "isoliert"?

Das von den USA geführte westliche Bündnis reagierte mit einem Trommelfeuer von Wirtschaftssanktionen, das eher früher als später die eigenen Länder treffen wird. Die gegen Russland verhängten Sanktionen sind mehr als die einseitigen westlichen Strafmaßnahmen gegen Iran, Syrien und Nordkorea zusammen. Der neu entbrannte "Kalte Krieg" ist die Kulisse, vor der eine multipolare Weltordnung entsteht. Für die Länder im Nahen Osten könnte das mehr Bewegungsfreiheit bedeuten.

Vereinte Nationen

Am 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Einmarsches in die Ukraine, kündigten die USA eine Resolution dagegen an, über die am 26. Februar im UN-Sicherheitsrat (UNSR) abgestimmt wurde. Elf der derzeitigen UNSR-Mitglieder – Albanien, Brasilien, Frankreich, Gabun, Ghana, Irland, Kenia, Mexiko, Norwegen, Großbritannien, USA – stimmten für die Resolution. China, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) enthielten sich, die Russische Föderation legte ihr Veto ein. Eine weitere [Abstimmung](#) in der Sitzung am 27. Februar 2022, in der die USA und Albanien eine Resolution vorgelegt hatten und in der es um die Einberufung einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung ging, wurde bei der Enthaltung von China, Indien und den VAE sowie einem Nein der Russischen Föderation angenommen.

Schon am nächsten Tag legten 94 Staaten die Resolution "Aggression gegen die Ukraine" vor, die auf der Sondersitzung der UN-Vollversammlung am 2. März 2022 mit der deutlichen Mehrheit von 141 Stimmen angenommen wurde. Fünf Staaten, darunter Syrien, stimmten gegen die Resolution. 35 Staaten, darunter China, Pakistan, Indien, Iran und Südafrika, enthielten sich. Die Staaten der Arabischen Liga stimmten mehrheitlich für die Resolution, allerdings enthielten sich Algerien, Irak, Sudan und der Südsudan. Marokko hatte es wie elf weitere Staaten vorgezogen, der Abstimmung fernzubleiben.

Mit zweierlei Maß

Trotz der deutlichen Zustimmung zu der Resolution wurde nicht nur im Nahen Osten und in der arabischen Welt der Vorwurf der Doppelmoral laut. Der westliche Block aus USA, EU und NATO, der die Russische Föderation und vor allem deren Präsidenten Wladimir Putin an den Pranger stellen wollte, habe Kritik an vergleichbarem eigenen Handeln nie akzeptiert.



Karikatur Hispan TV

Zum ersten Mal seit 25 Jahren (!) war die UN-Vollversammlung zu dieser Dringlichkeitssitzung zusammengerufen worden, um die "Illegale Gewaltanwendung in der Ukraine durch Russland" zu verurteilen. Ein ähnlich entschlossenes Engagement der UN-Generalversammlung gab es weder bei den NATO-Kriegen gegen Jugoslawien und im Kosovo (1999) noch beim US-geführten Krieg in Afghanistan (2001), nicht gegen den US-geführten Einmarsch in den Irak (2003), nicht gegen zahlreiche israelische Angriffe gegen den palästinensischen Gazastreifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten, nicht gegen den Angriff auf Libyen (2011), nicht gegen den Angriff und Einmarsch der US-geführten Anti-IS-Allianz in Syrien (seit 2014), nicht gegen die Invasionen der Türkei in Syrien (2016-17, 2018, 2019) oder in den Nordirak (nicht erst seit 2015) und nicht gegen den von Saudi-Arabien geführten Krieg im Jemen (seit 2015).



Analyse

Zustrom ausländischer Kämpfer: Wird die Ukraine ein neues Syrien?

Die Durchsicht dieser unvollständigen Liste macht zudem deutlich, dass die meisten der westlich geführten oder unterstützten Militärinterventionen in der Region des Nahen Ostens und des Erweiterten Nahen Ostens ("Greater Middle East") stattfanden.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja warf den westlichen Regierungen vor, die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen unter Druck gesetzt zu haben, für die Resolution "Aggression gegen die Ukraine" zu stimmen. Der chinesische UN-Botschafter Zhang Jun kritisierte, dass die Resolution nicht umfassend mit allen UN-Mitgliedsstaaten beraten worden sei und "die Geschichte und Komplexität der aktuellen Krise" nicht berücksichtige. Weder seien "die Bedeutung des Prinzips der unteilbaren Sicherheit" noch die Dringlichkeit, "eine politische Lösung zu fördern und diplomatische Bemühungen zu verstärken", betont worden. Das, so der chinesische UN-Botschafter, entspreche nicht den "fest verankerten Positionen" seines Landes.

Dass die Resolution nicht – wie China feststellte – umfassend mit allen UN-Mitgliedsstaaten beraten wurde, ist angesichts der Geschwindigkeit, mit der die USA, die EU und ihre Verbündeten die Verurteilung Russlands durch die UNO anstrebten, eine Tatsache. Dass westliche Regierungen auf UN-Mitgliedsstaaten "Druck ausübten" – wie Russland kritisierte –, ebenfalls.

Der Druck des Westens

Im Libanon wurde der Konflikt offensichtlich, als Außenminister Abdallah Bou Habib quasi in vorseilendem Gehorsam am 24. Februar 2022 eine Erklärung veröffentlichte, in der der Libanon den militärischen Einmarsch Russlands in die Ukraine verurteilte. Am Tag darauf wurde ihm dafür von den französischen, deutschen, polnischen, ukrainischen und rumänischen Botschaftern ausdrücklich bei einem Besuch gedankt. Dabei luden die Diplomaten Außenminister Bou Habib ein, auch für die Resolution zu stimmen, die die USA und die EU für eine Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung vorbereitet hatten.

Das Vorgehen der westlichen Botschafter wird in der Politikwissenschaft als "Soft Power" (deutsch: "Weiche Macht") bezeichnet. Das beschreibt eine besondere Form der Machtausübung von Staaten und politischen Akteuren über andere Staaten und Gesellschaften. Das Spektrum der angewendeten Methoden sei dabei "weit gefasst", heißt es in der [Definition](#) der Bundeszentrale für politische Bildung.

"Es reicht von der Anziehungskraft des 'American Way of Life' (Coca Cola und Hollywoodfilme) bis zu westlichen Werten wie Demokratie und Menschenrechte, die als Maßstab und Vorbild dienen und zu einer nicht militärischen Konfliktlösung in den internationalen Beziehungen beitragen sollen."

Die libanesische Tageszeitung *Al Akhbar* kommentierte den Besuch der westlichen Botschafter im libanesischen Außenministerium mit einer Karikatur auf ihre Weise:



Karikatur 'Kämpfer des weichen Krieges'

Außenminister Bou Habib sah sich von der Öffentlichkeit gedrängt, sein Vorgehen zu erläutern. Er habe seine Erklärung sowohl mit Präsident Aoun als auch mit Ministerpräsident Mikati abgesprochen, nicht aber mit der Regierung oder dem

Parlament, was politisch von verschiedenen Seiten und in den Medien verständlicherweise kritisiert werde. Vor der Abstimmung in der UN-Vollversammlung habe er sich sowohl mit der Arabischen Liga als auch mit der libanesischen Botschafterin bei der UNO abgesprochen, erklärte der Außenminister gegenüber der Tageszeitung *Al Joumhouria* am 1. März 2022.



Einfluss der USA schwindet: Nahost reagiert gespalten auf Ukraine-Krieg

Die Libanesen seien angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine "tief gespalten". Es gebe verschiedene Ansichten zur Außenpolitik und dazu, mit wem man strategische Bündnisse eingehen wolle. Der Libanon sei in seiner Geschichte wiederholt angegriffen und besetzt worden und habe daher die russische Invasion verurteilt. "Kein Staat sollte in einen anderen einmarschieren und ihn besetzen", so Bou Habib. Auf die Frage, ob er von den USA unter Druck gesetzt worden sei, sagte der Außenminister, "internationale Kräfte" suchten "in solchen Situationen immer die Unterstützung von so vielen Staaten als möglich". Die Botschafter der USA, Frankreichs, Deutschlands und von anderen Ländern hätten "mit ihm gesprochen" und man habe sich "entschieden, das zu tun, was unseren Interessen dient".

Beim russischen Botschafter in Beirut entschuldigte sich Bou Habib und versicherte, dass Erklärung und Abstimmungsverhalten nicht feindselig gegenüber Russland gemeint gewesen seien. "Wir sind sehr daran interessiert, unsere gemeinsamen Interessen und bilateralen Beziehungen (auszubauen), die uns mit Moskau vereinen."

Sanktionen als "Soft Power"

Was der libanesischer Außenminister blütenreich versuchte zu umschreiben, ist "das Interesse", dass die USA nicht noch weitere hochrangige Politiker des Landes mit Sanktionen bestrafen. Zudem würde es die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechtern, wenn die USA und EU ihre Hilfsgelder für syrische Flüchtlinge im Libanon einstellen würden. Weiterer Druck geht von den USA aus, die ihre sogenannten "Caesar-Sanktionen" gegen das Nachbarland Syrien noch mehr auf den Libanon ausweiten würden, als es ohnehin schon der Fall ist. Die einseitig verhängten Wirtschaftssanktionen werden von den reichen westlichen Staaten als

Waffe eingesetzt, um Länder, Regierungen und deren Verbündete zu zwingen, sich den westlichen Interessen zu fügen.

Aktuell hofft der Libanon, Gas aus Ägypten über die arabische Gaspipeline zu erhalten, um die Stromversorgung im Land wiederzubeleben. Die von internationalen Investoren betriebene Pipeline verläuft durch Jordanien und Syrien. Alle vier Länder haben vor Monaten bereits entsprechende Vereinbarungen getroffen. Syrien reparierte die Leitung, die in Dera durch Kriegshandlungen beschädigt worden war. Die von den USA dominierte Weltbank stimmte der Finanzierung des Projekts zu.



Meinung

Putins Einfall in die Ukraine: Flucht nach vorn?

Dass das Gas immer noch nicht fließt, liegt an den fehlenden Zusagen der USA, den Durchlauf des Gases durch Syrien in den Libanon nicht mit den Caesar-Sanktionen zu belasten. Sollten die USA das tun, wäre es eine Bestrafung für die beteiligten Länder, die von den USA ihrerseits mit Sanktionen bestraft würden, weil sie mit Syrien Geschäfte machen. Ein Schreiben der US-Botschafterin im Libanon im Januar 2022 an den libanesischen Präsidenten Aoun scheint die beteiligten Staaten nicht zu überzeugen. Darin hieß es, die US-Administration plane nicht, den Sanktionsmechanismus zu aktivieren, sollte das Gas von Syrien in den Libanon geliefert werden. Doch das Misstrauen gegenüber dieser Art allgemeiner Erklärungen ist groß.

Für alle Länder, durch die die arabische Gas-Pipeline führt, wäre deren Wiederinbetriebnahme ein Gewinn. Nach den Kriegen im Irak, in Libyen und Syrien ist die Region wirtschaftlich schwer angeschlagen und auf allen Ebenen dem Druck der US-Administration und deren Verbündeter nahezu schutzlos ausgeliefert. Nach dem Bekanntwerden des Schreibens der US-Botschafterin im Libanon zeigte sich der ägyptische Minister für Öl und Mineralrohstoffe, Tarek El-Molla, optimistisch, dass die Lieferung mit Gas an den Libanon spätestens Mitte März beginnen werde.

Fast zeitgleich starteten allerdings einige republikanische US-Abgeordnete eine Kampagne, um die Gaslieferungen an den Libanon "zu überdenken". Das Gasabkommen nutze auch dem "Assad-Regime", hieß es in einem Schreiben an US-Außenminister Blinken. Es sollten daher andere Wege für die Unterstützung des Libanon gefunden werden, ohne die Einbeziehung der Weltbank. Die US-Caesar-Sanktionen gegen Syrien dürften nicht umgangen werden.

Erzwungene Knebelung

Das Hin und Her um regionale Energielieferungen in den Libanon ist nur ein Beispiel dafür, wie der US-geführte westliche Block die Länder der Region in ständiger Abhängigkeit und Unsicherheit hält, innere Konflikte schürt und die selbstbestimmte nationale Entwicklung verhindert. Unterstützung wird zugesagt, wenn die Staaten sich fügen. Gegenüber dem, der sich nicht fügt, wird der Druck erhöht. Das geschieht mit sogenannter "[Soft Power](#)" oder mittlerweile auch mit hybrider Kriegsführung.

Medien, Nichtregierungsorganisationen, Politiker und Diplomaten werden eingesetzt, um zu destabilisieren. Sanktionen im Finanz- und Energiebereich sollen den Zielstaaten schaden. Schließlich werden auch offen oder verdeckt Gruppen in den jeweiligen Staaten bewaffnet oder finanziert, Kriege geführt und Staaten isoliert.



Iranischer Revolutionsführer: USA verantwortlich für Ukraine-Konflikt

Die erzwungene Knebelung der Staaten im Nahen Osten reicht weit zurück in die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnete sich während der Ost-West-Konfrontation ein gewisser Spielraum für die Länder, als die Sowjetunion mit militärischer, wirtschaftlicher und politischer Unterstützung Irak, Syrien und Ägypten stärkte.

Die Gründung der Blockfreien Staatenbewegung (1961), an der Ägypten beteiligt war, bot den Ländern des Mittleren Ostens auch ein internationales Forum. Bis heute gehören 120 Staaten dem Bündnis an, zumeist sich entwickelnde und Schwellenländer, aus dem Mittleren Osten, Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika.

Nach der Auflösung der Sowjetunion baute der US-geführte westliche Block seinen Einfluss aus. Die USA setzten auf militärische Präsenz und sicherten sich damit Öl und Gas, Stützpunkte und Transportwege. Die EU operierte vor allem mit Geld und guten Worten. Die NATO dehnte mit Partnerschaftsabkommen und einem Mittelmeer-Dialog ihren Einfluss aus. Zusätzlich stuften die USA neben Israel und Ägypten (1989), auch Jordanien (1996), Bahrain (2002), Kuwait, Marokko (2004) und Tunesien (2015) als "herausragende nicht-NATO-Verbündete" ein, was mit militärischen Sonderkonditionen und Rüstungshilfen verbunden war.

Auf Augenhöhe

Das neue Engagement der Russischen Föderation im Nahen Osten und der Golfregion ist geprägt von Dialog und Interessensaustausch. Das erfolgreiche militärische Eingreifen in Syrien, erzwang Waffenruhen und Deeskalationszonen und rang selbst den reichen Golfstaaten Respekt ab, die 2011 die Kämpfer noch bewaffnet und finanziert hatten. Genannt seien hier die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Saudi-Arabien, die in Koordination mit der Türkei, der EU, den USA und der NATO mit Kämpfern und Söldnern sowohl gegen Libyen als auch Syrien vorgegangen waren.

Russland nutzte den Erfolg in Syrien, um seine Beziehungen zu den Golfstaaten zu vertiefen. Die enge militärische Zusammenarbeit mit Iran in Syrien nutzte Moskau, um Gesprächskanäle zwischen Teheran und den arabischen Golfstaaten zu öffnen. Das Engagement Russlands beim Abschluss des Atomabkommens mit Iran (2015) sowie seine derzeitigen Bemühungen, das Abkommen wieder in Kraft zu setzen, hat das Ansehen Moskaus in der Region weiter gestärkt.

Um die zahlreichen Spannungen in der Region zu überwinden, legte Russland im Sommer 2019 ein "Konzept für die kollektive Sicherheit in der Persischen Golfregion" vor. Iran startete eine eigene [Friedensmission](#).

Im Oktober 2020 wurde im UN-Sicherheitsrat von Außenministern und UN-Diplomaten über die Sicherheit in der Persischen Golfregion diskutiert. China schlug eine "multilaterale Dialogplattform" vor, um Frieden und gute Nachbarschaft in der Golfregion zu sichern. Zuvor hatte China den Vereinigten Arabischen Emiraten ebenso wie Iran eine bilaterale Strategische Partnerschaft vorgeschlagen. Um sein Interesse am Öl und Gas aus der Region zu sichern, hatte China über Jahre massiv in allen Ländern dort investiert.

Russland verwies erneut auf das 2019 verabschiedete Konzept über kollektive Sicherheit und schlug vor, dass an den Diskussionen die Anrainerstaaten, die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, die Arabische Liga, die Organisation für Islamische Kooperation und andere Interessierte teilnehmen können. Wenn man "offen und unvoreingenommen" zusammenarbeite, könne man die Spannungen überwinden.

Die USA wiesen die vorgelegten Vorschläge zurück und beschuldigten Iran, für die Instabilität in der Region verantwortlich zu sein. Der einzige Weg für Frieden in der Region sei es, wenn Golfstaaten wie Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate diplomatische Beziehungen mit Israel aufnahmen. Man bräuchte keine Sicherheitskonzepte, wenn man Iran zur Verantwortung **zöge**: "Die USA betrachten Iran als die einzige und größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im Mittleren Osten (Westasien)."

Sowohl China als auch Russland haben seitdem ihre Beziehungen zu Iran ausgebaut. China und Iran unterzeichneten im März 2021 ein finanzstarkes Abkommen mit einer Laufzeit von 25 Jahren. Russland bekräftigte seine Beziehungen zu Iran zuletzt durch den Besuch des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi in Moskau (Januar 2022). Alle drei Länder haben seit 2019 gemeinsame Seemanöver absolviert.

Die Golfstaaten gehen auf Distanz

Die USA hatten sich seit Jahren auf den Rückzug aus der Region des Mittleren Ostens vorbereitet, um sich auf die neue Konfrontation mit China zu konzentrieren. Um die Interessen des westlichen Blocks aus USA, EU und NATO im Nahen Osten abzusichern, sollten die EU, die NATO und Israel als Ordnungsmächte folgen. Seit Jahren war eine "Arabische NATO" unter israelischer Führung im Gespräch. Die Golfstaaten, insbesondere die Vereinigten Arabischen Emirate, wurden zu regionalen Waffenschmieden aufgebaut. Mit dem Abrahams-Abkommen wollte Washington unter dem vorherigen Präsidenten Donald Trump die Anti-Iran-Front stärken, die sich zugleich gegen China richten sollte. Washington sorgte für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Israels mit einigen arabischen Staaten.

Selbst wenn die Vereinigten Arabischen Emirate die Vereinbarung mit Israel eingingen und beide Länder bilaterale Kooperationen vereinbarten, geht das Emirat mittlerweile doch auch eigene Wege. Medien und Analysten erklären das mit mangelnder US-Unterstützung für die Emirate im Jemen-Krieg. Gleichzeitig dürften die Emirate – nicht zuletzt mit dem Rückzug der Amerikaner aus Afghanistan – zunehmend davon überzeugt sein, dass die Kooperation mit Russland und China und selbst die regionale Kooperation – auch mit Syrien – einem unzuverlässigen amerikanischen Bündnispartner vorzuziehen sei. Das gilt für die Stabilisierung der Wirtschaft ebenso, wie für das Zurückdrängen der Türkei, die im Laufe des Syrienkrieges immer weiter in die arabischen Staaten vorgerückt ist. Die Widersprüche mit Iran – seine Position in Syrien und Jemen – werden zumindest teilweise in direkten bilateralen Gesprächen behandelt.

Wie belastbar die Haltung der Emirate ist, bleibt abzuwarten. Im UN-Sicherheitsrat enthielt sich der VAE-Botschafter bei der Resolution gegen Russland gleich zweimal. In der UN-Generalversammlung allerdings stimmten die Emirate für die Resolution.

Schließlich erhielt Washington noch eine andere Abfuhr. Um die EU bei den Sanktionen gegen Russland auf Kurs zu halten, machte Washington sich seit Monaten auf die Suche nach Ersatzlieferungen aus den Golfstaaten. Dabei erhielt es

von Katar eine Absage, weil das kleine Emirat an langfristige Lieferverträge mit asiatischen Abnehmern gebunden ist. Eine Anfrage Washingtons an die Vereinigten Arabischen Emirate, die Fördermenge von Öl zu steigern, um den Ölpreis niedrig zu halten, blieb bisher unbeantwortet. Das gleiche gilt für Saudi Arabien.

Eine multipolare Weltordnung

Manches deutet darauf hin, dass die Kriegs- und Krisenländer im Nahen Osten im Zuge der nunmehr direkten Ost-West-Konfrontation in der Ukraine neuen Spielraum gewinnen könnten. Sie sind nicht bereit, ihre seit Jahren gewachsenen Beziehungen zu Russland und China einseitig zugunsten der Konfrontationspolitik des westlichen Blocks aufzugeben. Anders als in Europa sieht man in der Entwicklung geostrategische Chancen. Eine neue, multipolare Weltordnung – in der nicht mehr ein einziger US-geführter westlicher Block die Regeln bestimmt – verspricht mehr Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit.



Nicolás Maduro: "Der Weltkrieg hat begonnen und seine erste Phase ist eine wirtschaftliche"

Alle bisherigen Prognosen liefen darauf hinaus, dass die USA sich aus der arabischen Welt zurückziehen werden, um China vom Südchinesischen Meer her anzugreifen. "Wir haben uns getäuscht", sagt Mohammad Ballout vom Zentrum für Studien der Arabischen Einheit (www.caus.org.lb) in Beirut. Die Konfrontation finde nicht zu See, sondern zu Land, mitten in Europa, in der Ukraine statt. Die USA hätten die Europäer mit der NATO-Osterweiterung und dem Zusammenrücken von EU und NATO dazu gebracht, sich gegen Russland zu wenden.

Schweden, das den Friedensnobelpreis vergabe und selbst die traditionell neutrale Schweiz hätten sich den Sanktionen der USA und der EU-Kommission angeschlossen. Der Versuch, Russland wirtschaftlich zu schaden und politisch zu isolieren, solle letztlich auch China treffen und einschränken. Ob das gelinge, werde sich zeigen, so Ballout (im Gespräch mit der Autorin). "Sollte Russland diese Konfrontation verlieren, wird es zerlegt werden wie Jugoslawien 1999. Ein Erfolg Russlands ist für unsere

Region sehr wichtig, weil damit der westliche Block geschwächt würde. Das wird uns Ausgleich bringen und mehr politische Möglichkeiten."

Noch bleibt der Einfluss der USA im Nahen Osten groß. Im Libanon versuchen die USA eine Markierung der Gasfelder im Mittelmeer durchzusetzen, die Israel nutzen soll. Und mit der Ankündigung, die Caesar-Sanktionen gegen Syrien einseitig für die rohstoffreichen Gebiete im Nordosten des Landes und für die Gebiete im Nordwesten aufzuheben, soll Syrien wirtschaftlich weiter geschwächt und destabilisiert werden. Die Maßnahme richtet sich auch gegen die Anstrengungen Russlands und Irans, mit der Astana Gruppe (Iran, Russland, Türkei) und den Vereinten Nationen eine politische Lösung für alle syrischen Akteure auszuhandeln.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Mehr zum Thema - [Venezuelas Präsident Nicolás Maduro: "Es ist ein Verbrechen, was man dem russischen Volk antut"](#)

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.